

RN 20.11.09

Planungen für Rhader Hof gekippt

Bezirksvertretung Lütgendortmund lehnt Wohnbebauung mehrheitlich ab

Lütgendortmund ■ Was die Spatzen am Rhader Hof schon längst von den Dächern pfeifen, ist Wirklichkeit: Die Bezirksvertretung Lütgendortmund fordert die Verwaltung auf, weitere Arbeiten am Bebauungsplan Lü 181 Rhader Hof einzustellen.

SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Linke setzten sich mit ihrer Meinung gegen CDU und FDP/Bürgerliste durch. Wobei das Abstimmungsergebnis nicht den tatsächlichen Verlauf der Diskussion in der November-Sitzung der Bezirksvertretung widerspiegelt.

Inkonsequent

Die CDU hatte nämlich in Person von Fraktionssprecher Klaus Murawski den Antrag von SPD und Grünen, die Planungen einzustellen, als inkonsequent bezeichnet. Er mutmaßte, das die Planungen nur vorerst eingestellt werden sollen, um sie zu einem späteren Zeitpunktwo-



Die Bezirkspolitik hat die Pläne für Wohnbebauung am Rhader Hof in Bövinghausen gekippt.

RN-Foto Archiv

möglich neu aufleben zu lassen und ging sogar noch weiter: „Die CDU hat eigentlich immer zum Baugebiet gestanden, macht aber jetzt ein ganz anderes Angebot: Wir stimmen dem Antrag zu, wenn das Baugebiet endgültig von der Liste genommen

wird und es zum Naturschutzgebiet wird.“

Glasklar formuliert

„Der Antrag ist doch schon glasklar formuliert. Wir fordern die Einstellung der Planungen“, widersprach Bezirksbürgermeister Heiko

Brankamp (SPD) der Meinung Murawskis, die Planungen könnten mit Billigung von SPD und Grünen irgendwann wieder aus der Schublade geholt werden.

Zur Forderung der CDU, den Rhader Hof als Naturschutzgebiet auszuweisen, sagte Brankamp: „Wir können als Bezirksvertretung doch nicht entscheiden, dass die Fläche Naturschutzgebiet werden soll, ohne dass geprüft wurde, ob sie sich überhaupt eignet.“ Es handele sich um eine alte Gewerbefläche mit den entsprechenden potenziellen Verunreinigungen des Bodens. Angesichts dieser Haltung stimmte die CDU gegen den Antrag, die Planungen am Bebauungsplan einzustellen. FDP und Bürgerliste lehnten den Antrag ab, weil sie die Auswertung eines Gutachtens zur ökologischen Verträglichkeit einer Wohnbebauung abwarten möchten. ■ Arndt.Brede@

ruhm Nachrichten.de